

„Frage für lange Zeit geklärt“

Impfpflicht: Wie die Allgäuer Abgeordneten abgestimmt haben

Allgäu Die Einführung einer Corona-Impfpflicht ist am Donnerstag im Bundestag vorerst gescheitert. Abgestimmt hatten auch die fünf Abgeordneten aus dem Allgäu – und zwar ganz unterschiedlich.

Vier Anträge lagen auf dem Tisch: Der Vorschlag aus der Ampel-Koalition für eine Pflicht ab 60 Jahren fand keine Mehrheit. Gleiches galt für die Idee der Union, ein Impfregister aufzubauen und einen gestuften Mechanismus einzuführen, der bei einer Verschärfung der Lage in Kraft treten könnte. Eine Gruppe um FDP-Politiker Wolfgang Kubicki und die AfD hatten jeweils einen Antrag gegen eine Impfpflicht eingebracht – sie fielen ebenfalls durch.

● **CSU** Die Abgeordneten Stephan Stracke (Kaufbeuren) und Mechthilde Wilmann (Kempten) stimmten für den Vorschlag der Union. Man müsse man erst einmal wissen, „wer geimpft ist und wer nicht“, sagt Stracke. Eine allgemeine Impfpflicht wäre für ihn aufgrund der Infektionslage derzeit „nicht vertretbar“. „Durch die Einrichtung eines Impfregisters können wir weitere Entscheidungen zudem auf Basis einer vernünftigen Datengrundlage treffen“, sagt Wilmann.

● **FDP** Der Oberallgäuer FDP-Abgeordnete Stephan Thomas stimmte für den Kubicki-Antrag – also gegen eine Impfpflicht: „Impfen ist sinnvoll, aber irgendwann eine Privatangelegenheit.“ Er betont, dass in dem Antrag eine Impfkampagne gefordert werde. Es bleibe wichtig, „aufzuklären und die Bereitschaft zum Impfen zu erhöhen“. Thomas glaubt aber auch, dass die „Impfpflicht-Frage nun für lange Zeit beantwortet ist“.

● **Linkspartei** „Ich habe für keinen der vorgeschlagenen Anträge gestimmt“, sagt Linken-Abgeordnete Susanne Fowehl (Kaufbeuren). Ein so empfindlicher Eingriff in die Grundrechte sei nur möglich, wenn vorher alle anderen Mittel restlos ausgeschöpft sind. „Davor sind wir beim völlig chaotischen Corona-Management der Bundesregierung meilenweit entfernt.“

● **AfD** „Nachdem wir gegen eine allgemeine Impfpflicht waren, sind wir jetzt erleichtert“, sagt der Oberallgäuer AfD-Abgeordnete Peter Felber. Er habe den Antrag seiner Partei unterstützt und die übrigen drei Vorschläge abgelehnt. „Impfen muss freiwillig bleiben. Es gab hier keinen Fraktionszwang, ich habe mich individuell so entschieden.“ (ak, lha, m)